

Protokoll der

1. ordentlichen Gemeindeversammlung

vom 20. Februar 2008

im OZL

Anwesend	107 Stimmberechtigte
Mitglieder Gemeinderat	Lajos Kovacs, Gemeindepräsident Dominique Bischoff Adrian Busslinger Hans Peter Isenschmid François Sandoz
Protokoll	Yvonne Kilcher
Gäste	Regula Steccanella, Gemeindeverwalterin Nicole Künzi, Auszubildende Max Auer, techn. Dienst Daniel Dallio, techn. Dienst Herr Paul Schönenberger Herr Hans Vorburger, Ingenieurbüro Vorburger
Presse	Frau Regina Erb, Basellandschaftliche Zeitung Herr Peter Walther, BaZ
Abwesend	
Dauer	19.30 Uhr – 23.45 Uhr

Traktanden

1. Wahl der Stimmenzähler/Innen
2. Genehmigung des Protokolls der Gemeindeversammlung vom 12. Dezember 2007
3. Kündigung des Vertrages über die gemeinsame Bauverwaltung Hofstetten – Bättwil
4. Genehmigung der Revision „Regulativ Gemeindebeiträge an die Schulzahnpflege“
5. Teilrevision DGO (Dienst- und Gehaltsordnung)
6. Orientierung betreffend Zukunft Feuerwehr Bättwil
7. Liegenschaft Krone, Ausschreibung und Verkauf

8. Finanzplan

9. Genehmigung folgender Investitionskredite:

9.1 Einbau Microbelag Kirchgasse	Fr. 27'500.--
9.2 Ersatz Wasserleitung Witterswilerstrasse	Fr. 220'000.--
9.3 Sanierung Bushaltestelle Flüh	Fr. 30'000.--

10. Festsetzen der Steuern und Gebühren

11. Genehmigung des Voranschlags für die Laufende Rechnung und die Investitionsrechnung 2008

12. Verschiedenes

**1 011 Allgemeine Verwaltung / Gemeindeversammlung
Wahl der Stimmzähler**

Lajos Kovacs eröffnet die Versammlung und begrüsst die Anwesenden zur ersten ordentlichen Gemeindeversammlung 2008. Er stellt fest, dass die Einladung rechtzeitig erfolgt sei.

An dieser Stelle ruft Walter Brunner in die Versammlung, die Publikation sei nicht rechtzeitig erfolgt und bezichtigt den Gemeindepräsidenten der Lüge.

Lajos Kovacs wiederholt, dass die Publikation rechtzeitig erfolgt sei, bittet um einen adäquaten Umgangston und hält fest, die Gemeindeversammlung könne andernfalls auch abgebrochen werden.

Lajos Kovacs begrüsst Frau Erb von der BZ und Herrn Walthard von der Basler Zeitung, Herrn Paul Schönenberger, Finanzberater der Gemeinde, sowie Herrn Hans Vorburger, der allfällige Fragen zum Investitionskredit Ersatz Wasserleitung Witterswilerstrasse beantworten wird. Ebenfalls stellt er die Mitglieder des Gemeinderates und die Angestellten der Gemeindeverwaltung vor.

Mit einleitenden Worten schildert Lajos Kovacs die Sicht des Gemeinderates. Anlässlich der letzten Gemeindeversammlung habe sich gezeigt, dass praktisch alle vom Gemeinderat vorgebrachten Vorschläge und Anträge mehrheitlich auf Opposition stiessen. Auch gefalle der von einigen Versammlungsteilnehmern gegenüber dem Gemeinderat an den Tag gelegte Umgangston ganz und gar nicht. Der Gemeinderat frage sich, was er den Anwesenden angetan habe, ob das Gremium verantwortlich sei, dass Bättwil momentan in einem finanziellen Engpass stecke, der nicht daran vorbeiführe, die Steuern anzuheben. Nein, sagt Lajos Kovacs, das Gremium habe die undankbare Aufgabe von seinen Vor- und Vorvorgängern übernehmen müssen, das in finanzielle Engpässe abtreibende Gemeindegeld wieder auf einen finanzsicheren Kurs zu bringen. Diese sehr schwierige Aufgabe hätte schon längst von anderen in Angriff genommen werden sollen. Der Gemeinderat versuche mit allen Kräften, den Schaden in Grenzen zu halten und einen Ausweg zu finden, welchen es auch gäbe. Lajos Kovacs appelliert im Interesse der Gemeinde an alle, die traktandierten Geschäfte im Laufe des heutigen Abends mit einem möglichst konstruktiven, anständigen und höflichen Dialog zu einem erfolgreichen Abschluss zu bringen, und dankt für die Aufmerksamkeit.

Auf Lajos Kovacs Vorschlag hin wählt die Versammlung einstimmig folgende Stimmzähler: Max Kilcher links und Alfred Gschwind rechts.

Es werden 107 Stimmberechtigte gezählt.

Hans Roderer beantragt, Traktandum 10 vor Traktandum 9 zu behandeln, da vor der Genehmigung der Investitionskredite bekannt sein müsse, ob der Steuerfuss von 130% angenommen werde.

Es wird darüber abgestimmt.

Einstimmig wird der Antrag angenommen, Traktandum 10 vor Traktandum 9 zu behandeln.

**2 011 Allgemeine Verwaltung / Gemeindeversammlung
Genehmigung des Protokolls der Gemeindeversammlung vom 12.
Dezember 2007**

Das Protokoll vom 12. Dezember 2007 konnte während der Schalterstunden bei der Gemeindeverwaltung eingesehen und zusätzlich auf dem Internet www.baettwil.ch abgerufen werden.

Peter Staub meldet sich und bringt viele Kritikpunkte vor: Das Protokoll sei nicht chronologisch, tendenziell abgefasst nach System Kovacs, es enthalte falsche Argumente und sei der Versuch, einem Gremium den Willen aufzuzwingen. Der Gemeindepräsident sei nicht bereit, die Gemeindeversammlung als seine vorgesetzte Behörde zu akzeptieren. Dafür nennt er als Beispiele die Luftnummer mit dem 10 Millionen-Projekt und den dreimaligen Beschluss, den Birkenhof zu vermieten, der nicht in die Tat umgesetzt wurde. Man habe gesagt, die Vermietung des Birkenhofs sei wegen der Zone nicht möglich, dabei habe der Kanton die Auskunft gegeben, dies gehe sehr wohl. Franziska Albrecht sei eine renommierte Person, mit ihrer Freistellung habe die Gemeinde 15'000 Franken für nichts verpufft. Sie habe wohl das Protokoll nicht konform geschrieben und werde wohl durch eine Person aus dem „Steccanella-Clan“ ersetzt.

Lajos Kovacs erinnert daran, dass man jetzt beim Traktandum „Genehmigung des Protokolls“ sei und bittet darum, beim Thema zu bleiben.

Reto Haag wünscht eine Korrektur des Protokolls, da er unter Traktandum 4 – Finanzplan nicht korrekt zitiert worden sei. Er habe nicht von einer Fusion mit anderen Gemeinden gesprochen sondern lediglich von Zusammenarbeit mit anderen Gemeinden.

Es wird darüber abgestimmt, ob das Protokoll mit der von Reto Haag gewünschten Änderung genehmigt wird?

Mit 66 Ja- und 2 Neinstimmen wird das Protokoll der Gemeindeversammlung vom 12. Dezember 2007 inklusive der von Reto Haag gewünschten Änderung genehmigt.

3 011 Allgemeine Verwaltung / Gemeindeversammlung
027 Allgemeine Verwaltung / Bauverwaltung
Kündigung des Vertrages über die gemeinsame Bauverwaltung
Hofstetten – Bättwil

Per 1. Januar 2004 wurde die Vereinbarung zwischen den Einwohnergemeinden Bättwil und Hofstetten betreffend der gemeinsamen Führung des Baubewilligungswesens der Einwohnergemeinde Bättwil mit einer Kostenbeteiligung von 38 % an den gesamten Lohn- und Infrastrukturkosten der Bauverwaltung der Gemeinde Hofstetten-Flüh beschlossen. Die vergangenen Jahre haben nun gezeigt, dass der in Anspruch genommene Aufwand der Gemeinde Bättwil in keinem Verhältnis zu den abgerechneten Leistungen, die inzwischen trotz rückgängiger Bauverwaltungstätigkeit auf mehr als das Doppelte angestiegen sind, steht. Besonders stossend ist, dass sich Bättwil, gemäss der oben zitierten, unglücklich aufgesetzten Vertragsbestimmung, an den gesamten Lohn- und Infrastrukturkosten der Bauverwaltung der Gemeinde Hofstetten-Flüh beteiligen muss, obwohl die genannte Behörde zu mindestens 30 % Tätigkeiten ausführt, die weder mit Bauwesen noch mit Belangen der Gemeinde Bättwil zu tun haben (Strassenwesen, technischer Dienst, Raumplanung usw.) und somit von Bättwil mitfinanziert werden. Dies deckt sich in keinster Weise mit dem Willen des Stimmvolkes anlässlich der Gemeindeversammlung vom 1. Dezember 2003!

Der Gemeindeversammlung wird deshalb beantragt, der Gemeinde Hofstetten-Flüh betreffend Bauverwaltung einen abgeänderten Vertrag mit einer klar definierten Entschädigungssumme von maximal Fr. 70'000.- zu unterbreiten. Sollte sich die Gemeinde Hofstetten-Flüh mit diesem Vorschlag nicht einverstanden erklären können, ist der vorliegende Vertrag ausserordentlich zu kündigen und entsprechende Rückforderungen der in den letzten Jahren zuviel bezahlten Beiträgen zu veranlassen.

René Walser meldet sich zu Wort: er habe ja diese Überprüfung an den letzten Gemeindeversammlungen gefordert, erachte es aber als Schweinerei, dass zwei Tage vor der Gemeindeversammlung ein entsprechender Artikel in der BaZ erscheine mit einer Rücktrittsandrohung des Gemeindepräsidenten.

Lajos Kovacs fasst zusammen: Der Ende 2003 unterzeichnete Vertrag enthalte die unglückliche Formulierung, dass Bättwil für 38% der Kosten für die Bauverwaltung aufkomme anstatt, wie es besser formuliert worden wäre, mit 38% für die Kosten der Baugesuche. Bereits zwei Monate nach Vertragsabschluss, im Februar 2004, habe die Gemeinde Hofstetten eine zweite Person angestellt, im Jahre 2007 sei noch eine 20%-Stelle dazugekommen. Die Kosten seien von 84'000 Franken im 2004 bis auf 132'000 Franken im 2006 gestiegen.

Im Jahre 2004 seien für Bättwil 55 kleine und 9 grosse Baugesuche bearbeitet worden. In der Bauverwaltung würden auch andere Tätigkeiten ausgeübt, wie zum Beispiel Raumplanung, Strassenbauprojekte oder die Leitung des technischen Dienstes Hofstetten-Flüh, für welche Bättwil mit aufkommen müsse.

Die Gemeinde Bättwil habe Offerten für diese Tätigkeit eingeholt, welche auf zwischen 50 – 70'000 pro Jahr lauteten, und wolle auf dieser Basis Konsens suchen.

Heinz Salathé ist einverstanden damit, wie Lajos Kovacs es jetzt erklärt habe, jedoch nicht mit der Formulierung in der Einladung. Man solle bei den Verhandlungen betonen, dass man gute Zusammenarbeit wünsche, der Vertrag sei nicht mehr zeitgemäss, man möchte einen Vertrag aushandeln, bei dem Bättwil nach Aufwand entschädigt. Er schlägt die Ablehnung des Antrags des Gemeinderates und die Aufnahme von Verhandlungen vor.

Reto Haag schlägt ebenfalls Ablehnung des Antrags vor. Damals sei man nicht von diesen Zahlen ausgegangen. Er berichtet vom Milizsystem, der Entwicklung seit Bau- / Bau- und Werkkommission. Die Professionalisierung sei unerlässlich gewesen, das Milizsystem sehr fehleranfällig und langwierig. Über diese Form der Behandlung von Baugesuchen müsse

man nicht mehr diskutieren. Kosten könnten so wohl kaum gross eingespart werden. Reto Haag unterbreitet der Gemeindeversammlung folgenden Gegenvorschlag als Antrag:

„Es ist mit Hofstetten-Flüh in Kontakt zu treten. Ziel ist es, Verhandlungen zu folgenden Punkten zu führen:

- a. Es ist eine genaue Kostenanalyse des Status quo zu erstellen.*
- b. Es sind Verhandlungen zu führen, zu Gunsten einer Regelung nach Aufwand (Kostenreduktion für Bättwil), bzw. eines neuen noch zu definierenden Verteilschlüssels.*
- c. Es ist eine einvernehmliche Lösung mit Hofstetten-Flüh anzustreben. Von einer Kündigung und einer Rückforderung früherer geleisteter Beträge ist grundsätzlich abzusehen.*

Hierfür ist es möglich, bei Bedarf eine temporäre Kommission (ad hoc) zu bilden.“

Manfred Erb sagt, er sei der Verantwortliche, der am 1.12.2003 den Vertrag unterschrieben habe. Damals habe Bättwil keinen Baukommissionspräsidenten mehr gehabt, innert zweiter Monate habe dieser Beschluss gefasst werden müssen. Er bitte darum, etwas wohlwollender mit Gemeinderatsvorgängern umzugehen. Auch seien beim Vergleich die Kosten für Rechtsberatung/-fälle wegen Fehlentscheiden der Milizbaukommission nicht berücksichtigt worden.

Peter Glaser fragt nach, ob die Kosten und die genannte Anzahl Baugesuche wirklich nur Bättwil betreffen. Er möchte auch wissen, wer offeriert habe?

Lajos Kovacs bejaht die erste Frage und gibt an, die Offerte stamme von einem qualifizierten Ingenieurbüro.

Peter Glaser votiert für den Antrag des Gemeinderates.

Urs Bussman fragt nach dem aktuellen Stand der Dinge.

Lajos Kovacs erklärt, man sei bereits seit einem halben Jahr an den Abklärungen, habe die Abrechnungen geprüft und Abrechnung nach Stundenaufwand besprochen, aber bis jetzt keinen Vorschlag von Hofstetten erhalten.

François Sandoz erläutert weiter, der Gemeinderat habe an der letzten Gemeindeversammlung den klaren Auftrag erhalten die Kosten zu senken. Wenn man keine Kündigungsmöglichkeit habe, gäbe es ja nichts zu verhandeln. Es könne einfach nicht sein, dass die Kosten jedes Jahr immer mehr steigen würden. Er wundere sich darüber, wenn der gleiche Souverän nun gegen einen solchen Schritt sei.

Reto Haag vertritt die Meinung, dass aus dem Antrag des Gemeinderates zumindest der Passus mit der Rückforderung gestrichen werden solle. Dieser sei eine zu aggressive Drohung, wenn man in Verhandlungen treten wolle.

François Sandoz schlägt vor, den Passus „Rückforderung“ zu streichen, die Möglichkeit zur frühzeitigen Kündigung jedoch beizubehalten.

Walter Ammann glaubt, er sei als Neuling in ein Wespennest gekommen, und wundert sich darüber, dass man den Kampf mit einer demokratisch geführten Gemeinde aufnehmen will. Die Drohung in der Zeitung erachtet er als ungeschickt. Falls man mit Hofstetten das Gespräch führen wolle, sollte man andere Leute senden, die nicht so schnell rot sähen.

Der Reihe nach wird über die Anträge abgestimmt.

1. Der Antrag wie vom GR formuliert wird mit 17 Ja- und 76 Neinstimmen abgelehnt.

2. **Der Gegenvorschlag von Reto Haag wird mit 28 Ja- und 55 Neinstimmen abgelehnt.**
3. **Der abgeänderte Antrag des Gemeinderats mit Streichung des Passus über eine Rückforderung und der Beibehaltung der ausserordentlichen Kündigungsmöglichkeit wird mit 78 Ja- und 16 Neinstimmen angenommen.**

An dieser Stelle möchte Reto Haag zwei Motionen betreffend Zusammenarbeit einbringen, welche jedoch nach Meinung von Lajos Kovacs ins Traktandum Diverses gehören. Nach kurzer Diskussion wird darüber abgestimmt, ob Reto Haag seine Motionen an dieser Stelle präsentieren kann.

Mit 45 zu 56 Stimmen wird beschlossen, dass Reto Haag seine zwei Motionen nicht an dieser Stelle einbringen kann.

4 011 **Allgemeine Verwaltung / Gemeindeversammlung**
 461 **Gesundheit / Schulzahnpflege**
 Genehmigung der Revision „Regulativ Gemeindebeiträge an die
 Schulzahnpflege“

Gemäss geltendem Schulzahnpflegereglement vom 01.08.04 beteiligt sich die Gemeinde Bättwil an den Kosten der Schulzahnpflege der Bättwiler Kinder. Die Kostenbeteiligung ist im Regulativ Gemeindebeiträge an die Schulzahnpflege geregelt. Das Regulativ wurde letztmals im Juni 2004 durch die Gemeindeversammlung angepasst. Bereits aufgrund der heutigen finanziellen Lage der Gemeinde ist eine entsprechende Anpassung indiziert.

Der Gemeindeversammlung wird beantragt, die Änderungen im oben genannten Regulativ Gemeindebeiträge an die Schulzahnpflege mit Inkrafttreten per 1. März 2008 gutzuheissen.

Francois Sandoz erläutert, der Gemeinderat habe im Rahmen der gesamten Kostenüberprüfung auch die Beiträge an die Schulzahnpflege geprüft. Massgebend für den Erhalt dieser Beiträge sei das satzbestimmende Einkommen. Neu würden ab einem satzbestimmenden Einkommen von 65'001 Franken keine Beiträge mehr ausgerichtet. Mit der Anpassung könne die Gemeinde jährlich rund 3000 Franken einsparen. Anhand einer grafischen Darstellung zeigt François Sandoz auf, dass wir bei den unteren Einkommen auch mit der neuen Staffe- lung der Beitragssätze im Rahmen der anderen Gemeinden liegen.

Urs Bussmann als Familienvater aber auch als Mitglied der ad hoc Finanzkommission beantragt stattdessen, das Regulativ abzuschaffen und die Kostenbeteiligung nur noch auf Antrag von bedürftigen Personen zu gewähren.

Francois Sandoz erachtet es als schwierig, die Kostenbeteiligung nur noch auf Antrag zu gewähren, wo ziehe man dann die Grenze, die Entscheide würden willkürlich.

Walter Ammann fordert dazu auf, nicht stundenlang zu diskutieren sondern abzustimmen.

**Der Antrag des Gemeinderates, die Änderungen im oben genannten Regulativ Ge-
meindebeiträge an die Schulzahnpflege mit Inkrafttreten per 1. März 2008 gutzu-
heissen, wird mit 98 Ja- und 2 Neinstimmen angenommen.**

Urs Bussmann zieht seinen Antrag zurück.

**5 011 Allgemeine Verwaltung / Gemeindeversammlung
 020 Allgemeine Verwaltung / Gemeindeverwaltung
 Teilrevision DGO (Dienst- und Gehaltsordnung)**

Infolge der Gemeinde Bättwil auferlegten Sparmassnahmen drängt es sich auf, die DGO (Dienst- und Gehaltsordnung) im Bereich Sozialleistungen und Lohnanstieg insofern abzuändern, als dass der Gemeinderat in Zukunft den finanziellen Verhältnissen der Gemeinde entsprechend beschliessen kann und soll, ob und inwieweit der jährliche Lohnstufenanstieg wie auch die Teuerung gegenüber den Arbeitnehmern auszurichten ist:

Der Gemeindeversammlung wird beantragt, die oben genannten Änderungen der DGO mit Inkrafttreten auf den 1. Januar 2009 gutzuheissen.

Lajos Kovacs erläutert, die DGO sei letztmals im Jahre 2001 revidiert worden und benennt den jährlichen Lohnanstieg mit 3,5%.

Peter Glaser erachtet es als seltsam, wenn jährlich über die Aufteilung der Versicherungsprämien entschieden wird, und beantragt, die Prämien für die Krankentaggeldversicherung wie marktüblich je zur Hälfte zu teilen.

Monika Eggmann stellt fest, in der Privatwirtschaft gingen die Prämien für die NBU voll zulasten der Arbeitnehmer, und beantragt, dies ebenso zu machen.

Der Antrag, die NBU Prämien voll zulasten der Arbeitnehmer abzuziehen und die Prämien für die Krankentaggeldversicherung zur Hälfte den Arbeitnehmern zu belasten wird einstimmig angenommen.

Thomas Kötter hinterfragt, ob auch eine periodische Überprüfung gewährleistet sei, dass das Lohnniveau stimme und sich auf regionalem Niveau bewege.

Lajos Kovacs bestätigt, im Gemeinderat bestehe ein solches Projekt.

Thomas Kötter beantragt, die DGO dahingehend zu ergänzen, dass der Gemeinderat verpflichtet ist, die Gehaltsstrukturen periodisch zu überprüfen.

Der Antrag des Gemeinderates, die oben genannten Änderungen der DGO mit Inkrafttreten auf den 1. Januar 2009 gutzuheissen, wird mit 84 Ja- und einer Neinstimme angenommen.

Der Antrag, die DGO zu ergänzen und den Gemeinderat damit zu verpflichten, die Gehaltsstrukturen periodisch zu überprüfen, wird einstimmig (91 Ja) angenommen.

Lajos Kovacs fragt die Versammlung, ob der Gemeinderat die Zusatzformulierung aufsetzen und anlässlich der nächsten Gemeindeversammlung zur Genehmigung vorlegen soll. Es wird darüber abgestimmt.

Die Gemeindeversammlung beschliesst mit 47 Ja- und 42 Neinstimmen, dass die vorgängig beschlossenen Änderungen der DGO ausformuliert und der nächsten Gemeindeversammlung zur Genehmigung vorgelegt werden müssen.

Die formulierten Änderungen werden an der nächsten Gemeindeversammlung vorgelegt.

6 011 Allgemeine Verwaltung / Gemeindeversammlung
140 Öffentliche Sicherheit / Feuerwehr
Orientierung betreffend Zukunft Feuerwehr Bättwil

Anlässlich der Gemeindeversammlung vom 12. Dezember 2007 wurde der Gemeinderat Bättwil beauftragt, zu prüfen, ob ein Feuerwehrstützpunkt realisiert werden könne. Die Abklärungen bei der Solothurnischen Gebäudeversicherung haben ergeben, dass der aktuelle Bestand der Feuerwehr Bättwil die Mindestvoraussetzungen des gesetzlich klar definierten Feuerwehrtyps I nicht mehr erfüllt. Es drängt sich somit auf, gemeindeübergreifende Lösungen anzustreben. Die Gemeindepräsidenten Bättwil und Witterswil haben sich mit den ressortverantwortlichen Gemeinderäten und den beiden Feuerwehrkommandanten getroffen und vereinbart, eine solche gemeindeübergreifende Lösung zu suchen und bis Ende September 2008 erste konkrete Rückmeldungen aufzeigen zu können.

Hanspeter Isenschmid erläutert, es habe bereits eine erste Sitzung mit Vertretern der Gemeinde Witterswil stattgefunden. Das Gespräch mit den Kommandanten der beiden Feuerwehren, dem Interimgemeindepräsidenten von Witterswil, dem Gemeindepräsidenten von Bättwil sowie ihm selber als Ressortleiter sei sehr gut gelaufen und man habe grünes Licht für die weitere Planung. Er sei zuversichtlich in Bezug auf eine Zusammenarbeit.

Dieter Kury bestätigt Hanspeter Isenschmids Eindruck; die Sitzung sei wirklich gut gelaufen. Man habe auch in den vergangenen Jahren schon eine gute Zusammenarbeit gepflegt, die gemeinsame Alarmierung sei ein erster Schritt gewesen. Eine engere Zusammenarbeit sei ein weiterer logischer Schritt, denn beide Feuerwehren hätten Probleme mit dem Kaderbestand. Bei einem Pool aus zwei Gemeinden könne vieles besser bewerkstelligt werden.

7 011 **Allgemeine Verwaltung / Gemeindeversammlung**
 090 **Allgemeine Verwaltung / Verwaltungsliegenschaft "Krone"**
 Liegenschaft Krone, Ausschreibung und Verkauf

Anlässlich der Gemeindeversammlung vom 12. Dezember 2007 wurde der Gemeinderat Bättwil beauftragt, die Liegenschaft Krone zu verkaufen. In der Zwischenzeit wurde eine aktuelle Schätzung der Liegenschaft erstellt und die Liegenschaft zum Verkauf ausgeschrieben. Aktuelle Kaufangebote werden bis Ende März 2008 entgegengenommen.

Der Gemeindeversammlung wird beantragt, dem Gemeinderat die Erlaubnis zu erteilen, die Liegenschaft nach Abschluss der Ausschreibungsfrist dem meistbietenden Käufer unter Berücksichtigung des aktuellen Schätzungsberichtes und des aktuellen Marktwertes zu verkaufen.

Lajos Kovacs fasst kurz zusammen und gibt bekannt, dass Peter Glaser die Schätzung der Liegenschaft Krone innert kurzer Frist und kostenlos durchgeführt hat. Die Anwesenden spenden Peter Glaser spontan Applaus. Die Liegenschaft sei nun bis 31.3. ausgeschrieben, erläutert François Sandoz weiter.

Hans Georg Leuenberger fragt, um welche Gebäudeteile es gehe und was mit der Verwaltung geschehe. In seinem Votum wiederholt er die Beschlüsse der Gemeindeversammlung vom 12. Dezember 2007 zur Liegenschaft Krone und zum Schulhaus Birkenhof. Daraus zieht Hans Georg Leuenberger den Schluss, wenn man den Volkswillen respektiere, könne die Krone nicht verkauft und die Verwaltung nicht in den Birkenhof umgesiedelt werden, ohne dass der Beschluss, einen Mieter für den Birkenhof zu finden, mit dem gleichen Elan umgesetzt werde wie die Suche nach einem Käufer für die Krone. Auch müssten die Beschlüsse bezüglich Rückstellung des Umzugs der Verwaltung in den Birkenhof inkl. die Ablehnung des Antrags, die Kosten für den Umzug in die Investitionsplanung an einer künftigen Gemeindeversammlung revidiert werden. Als Schlussfolgerung stellt Hans Georg Leuenberger folgenden Antrag:

- a. *Dem Gemeinderat wird keine Erlaubnis zum Verkauf der Krone erteilt.*
- b. *Gemäss Auftrag der Gemeindeversammlung vom 12.12.07 sucht der GR Käufer für die Krone und Mieter für den Birkenhof, präsentiert die Ergebnisse und unterbreitet Vorschläge für das weitere Vorgehen an einer kommenden GV.*

Weiter berichtet Hans Georg Leuenberger von seinem Gespräch mit Herrn R. Bieri, Leiter der Abteilung Nutzungsplanung beim kantonalen Amt für Raumplanung. Die Lage des Birkenhofs in der ÖBa-Zone sei kein Hinderungsgrund, um dort irgendein stilles Gewerbe wie Büros oder Praxen aller Art, Ateliers, Labors etc. einzumieten. Eine Umzonung sei problemlos möglich, jedoch nur im Falle eines Verkaufs notwendig. Für die Vermietung genüge ein Umnutzungsgesuch, sagt Hans Georg Leuenberger und erläutert, wie einfach dieses eingeholt werden kann.

Die immer wieder verbreitete Fehlinformation, der Birkenhof könne wegen der öffentlichen Zone nicht an irgendjemanden vermietet werden, habe in den vergangenen zwei Jahren alle Aktivitäten zur Vermietung des Birkenhofs lahm gelegt und die Gemeinde nach dem Auszug der Kreisschule, welche eine Jahresmiete von 80'000 Franken eingebracht habe, viel Geld gekostet. Der Gemeinderat sei nun gefordert, mit grossem Einsatz nach einem Mieter zu suchen gemäss dem Auftrag durch die Gemeindeversammlung vom 12.12.07, sagt Hans Georg Leuenberger und nennt mehrere konkrete Vorgehensmöglichkeiten für diese Suche.

Francois Sandoz: ist der Meinung, im Votum Leuenberger sei der „vermeintliche“ Wille der Gemeindeversammlung nur zum Teil wiedergegeben. Ein Umzug der Verwaltung in den Birkenhof sei nicht abgelehnt sondern lediglich zurückgestellt worden. Bei gegensätzlichen Ent-

scheiden sei es am Gemeinderat, Prioritäten zu setzen. Wegen des Bilanzfehlbetrages habe der Verkauf der Krone für den Gemeinderat erste Priorität.

René Walser sagt, es könne ja nicht sein, dass man nun schon wieder alles stoppen wolle und fragt, ob man gegebenenfalls für die Verwaltung ein Zelt aufstellen solle?

Hansjörg Känel äussert sein Misstrauen gegenüber dem Gemeinderat. Dieser solle einen Käufer suchen, den Vertrag jedoch der Gemeindeversammlung vorlegen.

François Sandoz gibt zu bedenken, der Gemeinderat sei eine Regierung und als solche an Gesetze gebunden. Ein gewisser Handlungsspielraum müsse dem Gemeinderat gegeben werden, ansonsten könne er seine Arbeit nicht erledigen.

Peter Staub sagt laut, die Reihenfolge der Voten und Anträge sei im letzten Protokoll nicht korrekt eingehalten worden. Bevor „Kovacs“ gekommen sei, sei auch der Kronensaal gross genug gewesen.

François Sandoz erinnert an Respekt und Anstand. Dass viele Leute an die Gemeindeversammlungen kämen, sei auch ein Zeichen von Interesse.

Hans Georg Leuenberger erinnert noch einmal daran, dass der Auftrag, den Birkenhof zu vermieten, seit zwei Jahren bestehe; dies habe einen Verlust von 80'000 Franken pro Jahr ergeben. Wenn man ab jetzt für 10 Jahre vermiete, ergäbe das Einnahmen von insgesamt 800'000 Franken.

Bruno Siegenthaler ist der Meinung, zwei Liegenschaften seien zuviel. Die Investitionen müssten jetzt dringend mit 8% abgeschrieben werden, ein Gebäude müsse verkauft werden.

François Sandoz ruft die Betriebskosten in Erinnerung, welche auch einen Teil der Fehlbeträge in den jeweiligen Jahren ausmachen würden.

Thomas Kötter malt aus, wie seinen leider nicht in der Lage, uns mehrere Optionen offen zu halten, denn als Firma wäre die Gemeinde Bättwil bereits Konkurs. Die Krone sei ein Fass ohne Boden. Bei diesem massiven Bilanzfehlbetrag dauere es Jahre, bis wir wieder in den schwarzen Zahlen seien, der Verkauf sei die kostengünstigste Lösung, es liege einfach nicht drin, beide Gebäude zu behalten. Er fragt Hans Georg Leuenberger direkt, was dieser im Falle der Fremdvermietung Birkenhof mit der Verwaltung zu tun gedenke.

Max Kilcher rechnet vor, die laufenden Abschreibungen auf die Krone betrügen jährlich 56'000 Franken, bei angenommenen Mieteinnahmen von 80'000 Franken blieben unter dem Strich lediglich 24'000 Franken Gewinn, von welchem auch noch Miet-Verwaltungskosten in Abzug gebracht werden müssten.

Hans Georg Leuenberger mahnt noch einmal, jetzt keine schnellen Entscheide zu fällen, nötigenfalls sei eine Kommission einzusetzen. Die Vermietung des Birkenhofs würde ein kontinuierliches Einkommen einbringen, welches ca. 3% der Steuersumme entspreche.

François Sandoz bittet darum, zur Abstimmung über die Anträge zu kommen, und rekapituliert den Antrag Leuenberger.

Walter Brunner sagt, er habe noch selten so viele dumme Leute auf einem Haufen gesehen. Wenn man jetzt die Krone verkaufe, dann gebe der Gemeinderat das Geld innert kürzester Frist wieder aus.

Heinz Salathé misstraut dem jetzigen GR, bis 2003 sei die Gemeinderechnung ausgeglichen gewesen. Er wolle keinen Freipass geben für den Verkauf Krone.

Peter Staub erinnert noch einmal an die „Luftnummer“ mit dem teuren Gemeindebau.

Max Kilcher spricht Hans Georg Leuenberger direkt an, dieser verzögere schon wieder, auch das sowie die ständige Bildung von Kommissionen koste die Gemeinde immer wieder Geld.

Peter Glaser rechnet vor, Mieteinnahmen von 400 Franken pro m² für den Birkenhof seien nicht realisierbar, wer das glaube, lebe in den Sternen. In unserer Gegend stünde so viel freier Raum zur Verfügung, dass niemand einen solchen Mietpreis bezahlen würde.

Peter Glaser ist auch der Meinung, der Verkauf der Krone hätte professioneller aufgezo- gen werden können.

Daniel Leuenberger stellt fest, der Gemeinderat geniesse in der Gemeinde kein Vertrauen mehr und erinnert an die Abstimmung über das 7Mio-Gebäude. Der Gemeinderat müsse kontrolliert werden, das zeige sich auch an der hitzigen Sitzungen hier.

Stefan Hilbert möchte nach der langen Diskussion über den Verkauf der Krone gerne auch endlich wissen, was die Krone wert sei und wie viel man dafür lösen könne, es solle ja kein Notverkauf werden.

Peter Glaser gibt als Ergebnis seiner Schätzung die Summe von 1,5 Millionen Franken be- kannt, wobei es eine ältere Schätzung mit einem höheren Betrag gebe. Der vordere Teil sei ca. 750'000.- wert.

Walter Ammann erachtet es als gefährlich, wenn der Gemeinderat die Kompetenz hat, an den Meistbietenden zu verkaufen.

Es wird abgestimmt.

Mit grosser Mehrheit wird der Antrag abgelehnt, dem Gemeinderat die Erlaubnis zu erteilen, die Liegenschaft Krone nach Abschluss der Ausschreibungsfrist dem meistbietenden Käufer unter Berücksichtigung des aktuellen Schätzungsberichtes und des aktuellen Marktwertes zu verkaufen.

Peter Glaser stellt den Antrag,
dem Gemeinderat die Erlaubnis zum Verkauf der Liegenschaft Krone nach Abschluss des Ausschreibungsverfahrens an den meistbietenden Käufer zu erteilen, jedoch unter Berücksichtigung folgender Minimalpreise:

1. *Gesamtliegenschaft: Fr. 1'300'000.-*
2. *Vorderhaus: Fr. 750'000.-*
3. *Hinterhaus: Fr. 600'000.-*

Über die weiteren Anträge wird abgestimmt:

Der Antrag Leuenberger

- a. **dem Gemeinderat keine Erlaubnis zum Verkauf der Krone zu erteilen, und**
- b. **gemäss Auftrag der Gemeindeversammlung vom 12.12.07 müsse der GR Käufer für die Krone und Mieter für den Birkenhof suchen, an einer kommenden GV die Ergebnisse präsentieren und Vorschläge für das weitere Vorgehen unterbreiten wird mit 31 Ja- und 51 Neinstimmen abgelehnt.**

Der Antrag Glaser, dem Gemeinderat die Erlaubnis zum Verkauf der Liegenschaft Krone nach Abschluss des Ausschreibungsverfahrens an den meistbietenden Käufer zu erteilen, jedoch unter Berücksichtigung folgender Minimalpreise:

1. **Gesamtliegenschaft: Fr. 1'300'000.-**
2. **Vorderhaus: Fr. 750'000.-**
3. **Hinterhaus: Fr. 600'000.-**

wird mit 71 Ja- und 25 Neinstimmen angenommen.

8 011 Allgemeine Verwaltung / Gemeindeversammlung
940 Finanzen, Steuern / Kapitaldienst
Finanzplan

Paul Schönenberger erläutert den Finanzplan und die Voraussetzungen, unter welchen dieser erstellt wurde, sowie die Differenz von zwei Millionen im Vergleich zum im Dezember 07 vorgelegten Finanzplan. Ebenso erläutert er die Risikopositionen und nennt dafür als Beispiele die Kosten für die Bauverwaltung, den Verkauf der Liegenschaft Krone und von drei Landparzellen. Paul Schönenberger betont, ohne diese Verkäufe gehe es nicht, jedoch auch nicht ohne eine konsequente Kostenkontrolle.

Peter Glaser möchte wissen, welchen Einfluss die Kosten von 800'000 Franken für die geplante Erschliessung Eichacker hätten und ob für den Verkauf der Liegenschaft Krone mit einer Million gerechnet worden sei.

Paul Schönenberger antwortet, die die Erschliessung Eichacker habe nur marginalen Einfluss auf den Finanzplan, da es sich um eine Vorfinanzierung handle. Wichtiger sei der Zufluss von Mitteln aus dem Verkauf der Liegenschaft Krone; dafür sei mit einer Million gerechnet worden.

Alexa Mai möchte wissen, um wie viele Prozente der Steuersatz höher sein müsste, damit die Gemeinde Bättwil die Krone behalten könne.

Urs Möschli teilt mit, die Erschliessung Eichacker sei Mitte der 90er Jahre bewusst so geplant worden. Natürlich könne die Gemeinde auch Perimeterbeiträge verlangen. Der Apfelweg sei schon ganz erschlossen, die Perimeterbeiträge jedoch erst für die eine Strassen-seite verrechnet worden.

Thomas Kötter bezeichnet einen langjährigen Finanzplan als Grundlage für gesunde Finanzen. Grundstücke zu verkaufen, helfe zwar bei der Finanzierung, ein wesentlicher Punkt sei aber auch die Kostenkontrolle, welche weit besser als bisher erfolgen müsse. Die ad hoc Finanzkommission habe auf der Kostenseite noch schärfer vorgehen wollen.

Auf die Frage von Alexa Mai antwortet er, es ginge auch ohne den Verkauf, dann aber mit einem Steuersatz von mindestens 140%, welcher uns zur steuertuersten Gemeinde im Kanton Solothurn machen würde.

Das Ziel sei gewesen, mit einem möglichst tiefen Steuersatz arbeiten zu können.

Peter Glaser kann sich vorstellen, dass für das Baugebiet Eichacker durchaus eine Vorfinanzierung in die Wege geleitet werden könnte.

Thomas Kötter führt aus, dass eine Vorfinanzierung sicher möglich wäre, dies der Gemeinde aber relativ wenig bringen würde, da es für die Gemeinde ja aufgrund der Abschreibungen mit 8 % in der laufenden Rechnung belastet würde.

Bruno Siegenthaler stellt fest, wenn Baugebiete erschlossen würden, kämen mehr Leute und Kinder, was auch die Kosten ansteigen lasse. Er schlägt vor, die Landerschliessung zurückzustellen bis 2014, wenn die Bilanz wieder ausgeglichen sei. Er plädiert auch für das Weiterbestehen der Finanzkommission.

Paul Schönenberger führt aus, über die Erschliessung Eichacker werde sowieso eine Gemeindeversammlung befinden müssen, aller Voraussicht nach 2010. Eine Erschliessung führe stets zu zwei Dingen, zu höheren Steuereinnahmen aber auch zu höheren Kosten, da die Beiträge an Zweckverbände nach Einwohnerzahl berechnet würden.

Thomas Kötter ergänzt, Bättwil habe recht gute Pro-Kopf-Steuereinnahmen, sie seien besser als in den Nachbargemeinden.

Hans Georg Leuenberger fragt nach, ob wir in Solothurn bereits als Sanierungsfall notiert seien.

Lajos Kovacs antwortet, da die Gemeinde beim Kanton die Genehmigung habe einholen müssen, das Budgets erst nach der heutigen Gemeindeversammlung einzureichen, seien wir natürlich vorgemerkt.

Hans Georg Leuenberger hat sich beim Kanton erkundigt, Hilfe vom Kanton sei möglich. Die jetzige ad hoc Finanzkommission solle weiterhin im Amt bleiben und in enger Zusammenarbeit mit dem Kanton ihre Arbeit weiterführen, allenfalls später als Kommission fest in der Gemeindeordnung verankert werden.

Thomas Kötter beantwortet als Angesprochener das Votum Leuenberger. Damit er weiter in der Finanzkommission mitwirken würde, müssten die Aufgaben und Kompetenzen klar geregelt werden. Urs Bussmann und er selbst hätten sich in einer Notlage gemeldet und seien kostenlos in der ad hoc Kommission tätig gewesen. Leider wurde ihnen aber durch den Gemeinderat keine Rückmeldung erteilt, welche Budgetposten aufgrund ihrer Arbeit nun in das neue Budget aufgenommen wurden. Die Gemeindeversammlung spendet spontan Applaus.

Peter Staub fragt nach, ob die Rechnung 2006 schon vom Kanton genehmigt worden sei und beantragt eine ständige Finanzkommission.

Lajos Kovacs beantwortet die Frage nach der Genehmigung mit nein. Auf Rückfrage nach den Gründen, gibt er nach Rücksprache mit Regula Steccanella an, das sei wohl eine Frage der Zeit.

Hans Georg Leuenberger äussert die Vermutung, dass beim Kanton auch die älteren laufenden Rechnungen noch einer Nachprüfung unterzogen würden.

Lajos Kovacs möchte jetzt über die Einführung einer ständigen Finanzkommission abstimmen lassen.

Hans Georg Leuenberger äussert grosses Erstaunen darüber, dass dies jetzt gehe, ihm eine solche Abstimmung anlässlich der letzten Gemeindeversammlung nicht ermöglicht wurde.

Mit grossem Mehr wird der Antrag auf Einführung einer ständigen Finanzkommission angenommen!

9 011 Allgemeine Verwaltung / Gemeindeversammlung
900 Finanzen, Steuern / Gemeindesteuern
Festsetzen der Steuern und Gebühren

Wie bereits in den Vorjahren aufgezeigt und angekündigt, hat sich die finanzielle Situation der Gemeinde Bättwil drastisch verschlechtert. Die jährlichen Aufwandüberschüsse sind in den letzten Jahren deutlich über Fr. 500'000.-- gestiegen, wodurch unser Eigenkapital entsprechend aufgebraucht wurde und hohe Bilanzfehlbeträge entstanden sind. Demgegenüber sind die steuerlichen Einkommen, sowohl was die natürlichen als auch was die juristischen Personen anbelangt, deutlich gesunken. Das diesjährige Defizit würde, sofern der vorliegende Antrag auf Steuererhöhung von 120 % auf 130 % angenommen würde, Fr. 444'679.- betragen.

Der Gemeinderat hat auf Antrag der nach der letzten Gemeindeversammlung unverzüglich ins Leben gerufenen ad hoc Finanzkommission zusätzlich zu den bereits im letzten Budgetvorschlag Eingang gefundenen Sparmassnahmen weitere getätigt.

Doch auch dadurch wird es der Gemeinde Bättwil nicht erspart bleiben, den heutigen Steuerfuss von 120 % anzuheben. Da Bättwil im Vergleich zu den umliegenden Gemeinden es in den letzten Jahren versäumt hat, auch nur die kleinsten Steuerreserven zu bilden, kann auf solche heute nicht vorhandenen Notpolster auch nicht zurückgegriffen werden. Eine Steuererhöhung ist und bleibt der einzige Weg, die kantonale Pflicht zu erfüllen, den Bilanzfehlbetrag innerhalb der nächsten maximal 8 Jahre erfolgreich abzubauen und die Finanzen zu sanieren.

Aus diesen Gründen kommt der Gemeinderat nach sorgfältiger Überlegung nicht umhin, folgenden Steuerfuss zu beantragen:

1. Gemeindesteuern neu 130 % für natürliche und juristische Personen (bisher 120 %) gemäss § 3 des Gemeindesteuerreglements für natürliche und juristische Personen.

2. Abfallgebühren (wie bisher):

Vignetten für Kehrichtsäcke mit	17 Liter Inhalt	Fr.	-.95
	35 Liter Inhalt	Fr.	1.90
	60 Liter Inhalt	Fr.	3.80
	110 Liter Inhalt	r.	5.70

Container mit 800 Liter Inhalt (nur für Gewerbebetriebe und Landwirtschaft)	Fr.	50.00
Sperrgut je 20 kg	Fr.	5.70

Grünabfuhrgebühren:

Vignetten für „Grünabfuhrkübel“ (50 cm hoch mit Durchmesser von max. 46 cm)	Fr.	1.50
Vignetten für Äste und Baumschnitt (Bündellänge max. 1,5 m, Durchmesser max. 40 cm)	Fr.	1.50

Grössere Mengen müssen weiterhin bei der Gemeindeverwaltung angemeldet werden. Das Gemeindepersonal häckselt sie dann direkt vor Ort gegen eine zusätzliche Gebühr.

Der Gemeindeversammlung wird beantragt, den oben genannten Steuerfuss und die obengenannten Gebühren gutzuheissen.

20. Februar 2008

Mit 69 Jastimmen, 25 Neinstimmen und 3 Enthaltungen werden der Steuerfuss von 130% und die vorgeschlagenen Entsorgungsgebühren genehmigt.

011 Allgemeine Verwaltung / Gemeindeversammlung
900 Finanzen, Steuern / Gemeindesteuern
Genehmigung Investitionskredite

9.1 Einbau Microbelag Kirchgasse

Der Deckbelag in der Kirchgasse ist stark beschädigt, so dass dieser saniert werden muss, wodurch die Gefahr deutlich vermindert werden kann, dass die heutige Tragschicht beschädigt und dann auch noch sehr kostenintensiv erneuert werden muss. Diese Kosten würden ein Vielfaches des jetzt beantragten Kredites betragen.

Die Bruttokosten für die Erneuerung des Oberflächenbelages (Microbelag) belaufen sich auf Fr. 27'500.--.

Peter Hermann als Anwohner der Kirchgasse schildert den aktuellen Zustand der Strasse, der Teerbelag sei ein wenig uneben, der technische Dienst habe das einmal gerichtet. Der Belag sei durch Bauarbeiten beschädigt worden. Er beantragt, den Kredit nicht zu bewilligen, die Kirchgasse reparieren zu lassen und den Schadenverursachern Rechnung zu stellen.

Max Auer erklärt, in die Kirchgasse sei noch kein Deckbelag eingebaut worden, denn Heiss-teerung sei kein Deckbelag. Der jetzt geplante Microbelag sei der effektive Deckbelag.

Urs Möschlin stellt fest, bei den Anstössern würden ja Perimeterbeiträge eingezogen.

Peter Hermann zieht seinen Antrag zurück.

Urs Lüthi will Auskunft, wie viel noch an Perimeterbeiträgen verrechnet werden könne, und beantragt, den Kredit bis zur Abklärung zurückzustellen.

Mit grossem Mehr wird der Investitionskredit von Fr. 27'500.- zurückgestellt.

9.2 Ersatz Wasserleitung Witterswilerstrasse

Infolge einer durch die WHL neu initiierten Netztrennung und Zweizoneneinspeisung drängen sich gemäss GWP ein Ersatz und die Vergrösserung der bestehenden Wasserleitung auf. Die Leitung muss von einem heutigen Durchmesser von 100 mm auf neu 200 mm erweitert werden. Dieser Ersatz bezieht sich auf ein Teilstück von einer Länge von 110 m von der Messkammer Witterswil bis GB Parzelle Nr. 712. Der Teil Messkammer Witterswil bis Einmündung Brunnacker ist ausser Betrieb.

Die Bruttokosten für die Ersatzwasserleitung Witterswilerstrasse belaufen sich auf Fr. 220'000.-- (Spezialfinanzierung Wasserkasse).

Hans Roderer beantragt, alle Investitionen zurückzustellen.

Urs Bussman fragt, ob noch andere involvierte Stellen mitfinanzieren und ob der genannte Preis realistisch sei, er erachte diesen als sehr hoch.

Peter Glaser möchte wissen, ob dieses Projekt kurzfristig notwendig oder lediglich mittelfristig wünschenswert sei?

Hans Vorburger erklärt die neue Art der Einspeisungen und weist auf die Problematik der Löschwasserreserven hin.

Hans Vorburger ergänzt, die Löschwasserreserve sei eine Auflage des Kantons und beim vorliegenden Projekt handle es sich um ein Gesamtkonzept des WHL.

Reto Haag fragt nach, ob die Möglichkeit bestehe, den Ersatz dieser Leitung um ein bis zwei Jahre hinauszuzögern.

Hans Vorburger verneint. Man könne diese Arbeit allerhöchstens um ein Jahr verschieben.

Alexander Geigy fragt nach der Länge des Leitungsstückes und stellt fest, die Witterswilerstrasse sei ja viel länger. Er vermutet, man operiere mit Salami taktik und verlege letztlich vergoldete Wasserleitungen.

Felix Buchmann möchte wissen, ob diese Leitung wirklich vom Kanton aus sein müsse.

Hans Vorburger begründet den geplanten Leitungsdurchmesser von 200 mm mit den hydraulischen Berechnungen und dem neuen GWP.

Hans Vorburger gibt an, der restliche Teil der Wasserleitung Witterswilerstrasse sei bereits erneuert worden. Die Leitungserneuerung sei kein Wunschdenken sondern wirklich notwendig. Auf die Frage hin, ob es schon genauere Angaben über die Kosten der Leitung gäbe, kann Herr Vorburger mitteilen, dass es sich bei dem Projekt lediglich um eine Kostenschätzung handle und noch keine konkreten Offerten eingeholt wurden. Das Submissionsverfahren würde erst nach Genehmigung durch die Gemeindeversammlung eingeleitet.

Es wird abgestimmt.

Der Investitionskredit von Fr. 220'000.- (Spezialfinanzierung Wasserkasse) für den Ersatz der Wasserleitung Witterswilerstrasse ab Messkammer Witterswil bis vor die GB Parzelle 712 wird mit 27 Ja- und 43 Neinstimmen abgelehnt.

9.3 Sanierung Bushaltestelle Flüh

Der Kanton Solothurn hat entschieden, im Jahr 2008 die Bushaltestelle Flüh mit einer Vergrösserung zu sanieren. Die finanzielle Beteiligung der Gemeinde erfolgt gemäss der kantonalen Verordnung über die Finanzierung der kantonalen Strassen. Die Gemeinde Bättwil hat sich somit mit maximal einem Drittel, der Kanton mit zwei Dritteln an den Kosten zu beteiligen.

Die Bruttokosten für die Sanierung Bushaltestelle Flüh belaufen sich auf Fr. 30'000.--.

François Sandoz präzisiert die Art der Arbeiten, es handle sich nicht um eine einfache Sanierung, sondern auch um eine Abänderung der Bushaltestelle, welche nötig werde, da in Zukunft längere Busse eingesetzt würden. Es sei ein kantonales Projekt, bei dem Bättwil nicht mitbestimmen könne, aber 29% an die Kosten bezahlen müsse.

Hansjörg Känel erkundigt sich, ob Bättwil die einzige Gemeinde sei, die an diese Haltestelle bezahlen müsse.

François Sandoz präzisiert, andere Gemeinden würden bei den eigenen Haltestellen zahlen.

René Walser gibt zu bedenken, dass die BLT auf dem Areal ja Parkplätze vermiete und möchte wissen, ob die BLT auch etwas an dem Umbau der Haltestelle bezahlt.

François Sandoz präzisiert, das Projekt betreffe nur die Kantonsstrasse.

Felix Buchmann möchte wissen, ob andere Gemeinden freiwillig etwas an diese Kosten bezahlen.

François Sandoz scherzt, eine solche Gemeinde müsste man noch finden.

Alexander Geigy ist es ein Rätsel, wieso grössere Busse eingeführt werden, die seien nie so voll.

François Sandoz kann dazu mitteilen, dass die Busgrösse sich nicht nach den effektiven Fahrgästen ins Leimental richte, sondern die BLT grundsätzlich neue, grössere Busse angeschafft habe und diese daher auch mehr Platz auf den Haltestellen benötigen.

Es wird abgestimmt:

Mit grosser Mehrheit und 6 Gegenstimmen wird der Investitionskredit über Fr. 30'000.- für die Sanierung der Bushaltestelle Flüh genehmigt.

011 Allgemeine Verwaltung / Gemeindeversammlung
900 Finanzen, Steuern / Gemeindesteuern
Genehmigung des Gesamtvoranschlages

Der Gesamtvoranschlag für 2008 konnte bei der Gemeindeverwaltung bezogen werden.

Hans Georg Leuenberger möchte wissen, was unter Allgemeine Verwaltung, RPK-Beratung die budgetierten Fr. 10'000.- beinhalten würden. Regula Steccanella gibt die Auskunft, dies seien die Kosten für den externen Finanzberater.

Die Anschlussfrage von Hans Georg Leuenberger, wie hoch die bisher dafür angefallenen Kosten gewesen seien, wird von Regula Steccanella mit Fr. 10'000.- beantwortet.

Dieter Küry beantragt, unter Öffentliche Sicherheit die Fr. 4'000.- für Anschaffungen der FW je zur Hälfte auf die Positionen Medizinische Untersuchungen und Sold zu verteilen.

Auf die Frage, wieso die Elternbeiträge an den MUSOL nun im Budget Eingang gefunden hätten, antwortet Regula Steccanella, dies sei auf Anregung der Finanzkommission geschehen. Man habe von der Netto- auf die Bruttovariante umgestellt.

Hansjörg Känel erkundigt sich nach der grossen Kostensteigerung beim Beitrag an den Spitem-Veren. Er möchte ebenfalls wissen, ob sich die Gemeinde zwingend beim Spitem-Veren beteiligen müsse oder ob diese Dienste auch von anderen Institutionen angeboten würden.

Paul Schönenberger erläutert, die Spitem-Dienste seien infolge der neuen Finanzordnung neu organisiert worden, die AHV zahle keine Beiträge mehr an die Spitem und der Kanton habe die Spitem im Rahmen des Sozialhilfegesetzes an die Gemeinden delegiert. Den Gemeinden entstünden im Gegenzug an anderer Stelle weniger hohe Kosten. Die Spitem sei als Verein organisiert und habe einen Vertrag mit allen Gemeinden im hinteren Leimental, das sei ein aktuelles Beispiel für regionale Zusammenarbeit.

Thomas Kötter fragt, ob unter Massenmedien denn wirklich mit Inserateneinnahmen von Fr. 3'000.- für das Bärmsleblatt gerechnet werden könne, wenn nur noch PDF-Ausgaben erscheinen würden.

Yvonne Kilcher verneint, drei Dauerinserenten hätten bereits mitgeteilt, dass sie das Inserat nicht weiter schalten möchten, wenn das Bärmsleblatt nicht mehr gedruckt herausgegeben werde. Auf Rückfrage von Thomas Kötter schätzt sie die Einnahmen auf Fr. 500.- pro Jahr.

Es wird über den Voranschlag Laufende Rechnung 2008 abgestimmt. Der Voranschlag der laufenden Rechnung schliesst mit einem Aufwand von Fr. 6'472'087.--, einem Ertrag von Fr. 6'027'408.-- und einem Aufwandüberschuss von Fr. 444'679.--.

Der Voranschlag Laufende Rechnung 2008 wird wie vorgelegt und mit den oben beantragten Änderungen mit 59 Jastimmen und 10 Enthaltungen genehmigt.

**10 011 Allgemeine Verwaltung / Gemeindeversammlung
Diverses**

Gestützt auf das Gemeindegesetz vom 16.2.1992 (Stand Januar 2007) reicht Reto Haag die beiden folgenden Motionen zuhanden der Gemeindeversammlung vom 20.2.2008 ein:

Motion 1

„Begehren:

Es ist eine gewissenhafte, seriöse und fundierte Prüfung für eine erweiterte, engere Zusammenarbeit in allen vitalen Bereichen mit den anderen Gemeinden des solothurnischen Leimentals (optional: die umliegenden Gemeinden des Kantons Basel-Landschaft) vorzunehmen. Zwischenberichte und Etappen sind im Dorfblatt und auf der Homepage zu publizieren und spätestens an der nächsten Gemeindeversammlung mündlich mitzuteilen.

Definition „Vitale Bereiche“:

1. Bauverwaltung
2. Gemeindeverwaltung
3. Feuerwehr
4. Werkhof
5. Nutzung von gemeinsamen Bauten und Einrichtungen

Zweck und Begründung:

1. Vernetzung und Synergienoptimierung in den Bereichen Personal, Bürogeräte, Software, Maschinen, Bauten etc.
2. Erschaffen und fördern vorhandener Ressourcen
3. Aufwand- und Kostenoptimierung“

Es wird darüber abgestimmt, ob diese Motion erheblich erklärt werden soll.

Die Motion 1 von Reto Haag wird mit 29 Jastimmen erheblich erklärt.

Motion 2

„Unter der Rubrik Sparmassnahmen wurde in der Januar-Ausgabe des Bärarnsle-Blattes erwähnt, dass der Betrag von Fr. 7200.- betreffend die Machbarkeitsstudie der FHNW „gemeinsamer Werkhof Solothurnisches Leimental“ gestrichen worden ist.

Diese Position ist wieder zu aktivieren und ins Budget aufzunehmen. Zwischenberichte und Etappen sind im Dorfblatt und auf der Homepage zu publizieren und spätestens an der nächsten Gemeindeversammlung mündlich mitzuteilen.“

Es wird darüber abgestimmt, ob diese Motion erheblich erklärt werden soll.

Die Motion 2 von Reto Haag wird mit grossem Mehr bei 4 Neinstimmen erheblich erklärt.

Monika Eggman ist der Meinung, wenn man schon vermehrt von Zusammenarbeit rede, könne man doch auch die Möglichkeit einer Fusion in Betracht ziehen.

20. Februar 2008

Thomas Kötter möchte eine Lanze brechen für die RPK. Er habe Auszüge aus den Management Letters der RPK vorliegen, diese habe ganz klar ihre Arbeit gemacht, bereits im 2004 Controlling empfohlen und 2005 die tiefen Abschreibungen hinterfragt.

Hans Roderer möchte wissen, wieso Franziska Albrecht freigestellt worden sei, sie habe viele Jahre ihre Sache recht gemacht.

Lajos Kovacs sagt, er könne diese Frage aus Gründen des Persönlichkeitsschutzes nicht beantworten, lediglich mitteilen, die Freistellung sei auf Wunsch von Frau Albrecht erfolgt.

Peter Staub ruft noch einmal erbost in die Versammlung und nennt Lajos Kovacs einen Lügner.

Lajos Kovacs macht Peter Staub darauf aufmerksam, dass auch ein solches Votum im Protokoll vermerkt werde.

Um 23.45 Uhr stellt Lajos Kovacs fest, dass keine weiteren Anliegen mehr bestehen, erklärt die Gemeindeversammlung für geschlossen, bedankt sich bei den noch Anwesenden fürs Ausharren und wünscht einen guten Heimweg.

Der Gemeindepräsident:

Die Protokollführerin:

L. Kovacs

Y. Kilcher